

# RS Vwgh 2001/4/26 98/16/0265

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 26.04.2001

## Index

32/01 Finanzverfahren allgemeines Abgabenrecht

40/01 Verwaltungsverfahren

## Norm

AVG §37;

AVG §45 Abs3;

BAO §115 Abs2;

BAO §183 Abs4;

## Rechtssatz

Nach der ständigen Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes (Hinweis E 24. Jänner 2001,98/16/0094) muss der Partei ein von ihr selbst behaupteter und von der Behörde als erwiesen angenommener Sachverhalt nicht nochmals vorgehalten werden. Die Vorschriften über die Gewährung von Parteihör dienen nämlich nicht dazu, der Partei mitzuteilen, dass die Behörde dem Parteivorbringen Glauben schenkt bzw es als erwiesen annimmt, sondern dazu, der Partei Gelegenheit zur Äußerung zu geben, wenn das Ermittlungsergebnis von ihrem Vorbringen abweicht. Gegenstand des Parteihörs ist nur der von der Behörde angenommene Sachverhalt. Beweiswürdigungs- und Rechtsfragen fallen nicht darunter.

## Schlagworte

Parteihör Rechtliche Würdigung Abstandnahme vom Parteihör Parteihör Allgemein

## European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:VWGH:2001:1998160265.X06

## Im RIS seit

10.10.2001

## Zuletzt aktualisiert am

02.01.2012

**Quelle:** Verwaltungsgerichtshof VwGH, <http://www.vwgh.gv.at>